



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 10.09.2015

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Mittwoch, 16. September 2015, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Wahl einer/es Vorsitzenden
2. Wahl einer/es stellvertretenden Vorsitzenden
3. Genehmigung der Niederschriften vom 29.4.15, 13.5.15 und 1.7.2015

**4. 15-F-03-0088**

Neuer Streik der Sozial- und Erziehungsbeschäftigten  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7.9.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche vorbereitenden Maßnahmen er ergriffen hat oder beabsichtigt zu ergreifen, um im Falle des wahrscheinlichen erneuten Streiks die Auswirkungen für die Betroffenen aufzufangen.

**5. 15-F-05-0014**

Wohnraum für Flüchtlinge bei „Privaten“ durch Vermittlung der LHW?  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 9.9.2015 -

Angesichts des riesigen Zustroms von Flüchtlingen kann es in naher Zukunft zu Engpässen bei der Zurverfügungstellung von Wohnraum für Flüchtlinge durch die LHW kommen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob es Überlegungen seitens der LHW gibt, Private, die „guten Willens“ sind, dabei zu unterstützen, Flüchtlinge in ihrem Haushalt aufzunehmen. Zwar gibt es auf der Internet-Seite der LHW in der Rubrik „Benötigtes für Flüchtlinge“ auch den Hinweis, dass die LHW dankbar ist für Wohnungsangebote, da die dezentrale Unterbringung der Unterkunft in Sammelunterkünften vorzuziehen ist. Dieser Formulierung lässt sich unserer Ansicht nach nicht entnehmen, dass Flüchtlinge auch in bestehende Haushalte aufgenommen werden könnten. Besonders für UMF´s wäre die Unterbringung in Familien eine Erleichterung auf dem Weg zur Integration. Sollten derartige Überlegungen bisher nicht stattgefunden haben, soll dieser Antrag dazu anregen zu prüfen, ob die Einbindung von „Privaten“ zur Aufnahme von Flüchtlingen in bestehende Haushalte durch Vermittlung der LHW ein geeigneter Weg wäre, Engpässen bei der Unterbringung von Flüchtlingen - zumindest teilweise - vorzubeugen und abzuwenden.

**6. 15-F-08-0045**

Ausgabe von Kleiderspenden an Flüchtlinge  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 9.9.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob nach wie vor eine Kleidungspauschale vom Regelsatz der Leistungen des AsylbG einbehalten wird.

Wenn ja:

1. In welcher Höhe?
2. Wie hoch sind die sich daraus ergebenden monatlichen Einnahmen / Einsparungen.
3. Wird die Summe komplett an das DRK (Kleiderkammer) weitergegeben?

**7. 15-F-08-0046**

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 9.9.2015 -

Im August wurde eine junge Frau in einer Wiesbadener Flüchtlingsunterkunft ermordet.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob, und wenn ja in welcher Weise, BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft (insbesondere Kinder) nach diesem traumatisierenden Ereignis psychologisch betreut wurden und wie sich die Sachlage derzeit darstellt.

**8. 15-F-08-0044**

„Kündigung des Mietverhältnisses wegen fehlender wirtschaftlicher Verwertung“ durch die Nassauische Heimstätte in den Liegenschaften Häherweg 2-8 und Kranichstraße 11  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 9.9.2015 -

Wie den Medien entnommen werden musste, hat die Nassauische Heimstätte den MieterInnen der Liegenschaften Häherweg 2-8 und Kranichstraße 11 in Wiesbaden-Kohlheck je nach vorheriger Mietdauer zum 31. Oktober 2015 beziehungsweise zum 31. Januar 2016 aus rein wirtschaftlichen Gründen die Wohnung gekündigt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist dem Magistrat bekannt,
  - a. wie viele der durch die Nassauische Heimstätte gekündigten MieterInnen derzeit noch keine neue Wohnung gefunden haben? Wenn ja, um wie viele Mietparteien handelt es sich?
  - b. in welchem Umfang die Mietkosten der bereits umgezogenen MieterInnen aufgrund des erzwungenen Wohnungswechsels gestiegen sind? Wenn ja, wie hoch ist die durchschnittliche Verteuerung der Wohnungen?
  - c. welche zukünftige Miethöhe die Nassauische Heimstätte als angemessene „wirtschaftliche Verwertung“ der Neubauten betrachtet? Wenn ja, wie hoch wird der Mietpreis pro m<sup>2</sup> der neuen Wohnungen sein? Um welchen Prozentsatz wird die Miete der neu gebauten Wohnungen im Vergleich zu den alten Wohnungen demzufolge durchschnittlich steigen?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat für die Stadt Wiesbaden als Gesellschafterin der Nassauischen Heimstätte (über die WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH) die soziale Verantwortung der Wohnungseigentümerin („Eigentum verpflichtet“!) zukünftig stärker zu berücksichtigen?
3. Plant der Magistrat MieterInnen zu unterstützen, die nach Ablauf der Kündigungsfristen noch keine neue Wohnung gefunden haben? Wenn ja, in welcher Form?

## 9. 15-F-07-0004

Flüchtlingsaufnahme in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 9.9.2015 -

Erwartete man in Wiesbaden am Jahresanfang noch eine Zuteilung von etwa 280 aufzunehmenden Flüchtlingen, so muss inzwischen von einer weitaus höheren Quote ausgegangen werden. Bürgermeister Arno Goßmann erklärte im Mai: „Zur Zeit sind es 1039 Asylbewerber, davon sind in diesem Jahr bereits 533 zugewiesen worden. Wir schätzen, dass bis Ende des Jahres noch weitere knapp 1000 Menschen zu uns kommen werden.“ Der Strom der Flüchtlinge und Asylsuchenden, die nach Deutschland wollen, steigt von Tag zu Tag dramatisch an. Stündlich erreichen uns neue Bilder und Zahlen, die in aller Dramatik die riesige Ost-West-Flüchtlingsodyssee dokumentieren.

Die in den vergangenen Monaten an dem noch von Herrn Weinerth zur Flüchtlingsversorgung initiierten „Runden Tisch“ geführten Gespräche und getroffenen Entscheidungen zur Unterbringung, Versorgung und Personalaufstockung sind überholt angesichts der aktuellen Situation.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie die Koordinierung mit den verschiedenen Hilfsorganisationen, z.B. „Tafel“, Rotes Kreuz, ASB, Malteser sowie den Krankenkassen klappt
- wie intensiv der Ausländerbeirat seine Hilfe einbringt
- wie umfassend die medizinische Versorgung und Impfkontrolle geregelt ist
- wie hoch die Anzahl der betreuungs- und schulpflichtigen Kinder ist
- wie hoch der Anteil akademisch gebildeter Flüchtlinge ist
- auf welcher Basis so rasch wie möglich zusätzliches Lehr- und Pflegepersonal akquiriert werden kann
- wie kooperativ sich das amerikanische Militär bei Verhandlungen und Zusagen bei der Wohnungsvermittlung zeigt
- ob daran gedacht ist, ein Geldspenden-Konto einzurichten
- ob der „Runde Tisch“ zum Flüchtlingsthema monatlich fortgeführt werden soll
- welche Maßnahmen die von der Koalition angesprochene „Task Force“ beinhaltet.

10. Entwicklung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes ANLAGE  
- *Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 17.2015* -

11. 15-V-20-0047 DL 39/15-4  
Neuausrichtung der städtischen Altenpflege  
- *Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 15.9.2015* -

12. 15-A-50-0001  
Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

13. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. **15-F-03-0061** **ANLAGE**  
  
Streik der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst  
*- Bericht des Dezernates II vom 07.08.2015 -*
  
2. **15-F-05-0012** **ANLAGE**  
  
Therapie-Bäder für Rheuma-Patienten in Wiesbaden  
*- Bericht des Dezernates VI vom 17.08.2015 -*
  
3. **15-F-33-0033** **ANLAGE**  
  
Pflegestützpunkt Wiesbaden  
*- Bericht des Dezernates II vom 17.6.2015 -*
  
4. **15-F-33-0060** **DL 39/15-1**  
  
Aktueller Sachstand „Soziale Stadtplus-Schelmengraben“  
*- Bericht des Dezernates II vom 03.08.2015 -*
  
5. **15-V-02-0008** **DL 39/15-2**  
  
Integriertes Handlungskonzept "Aktive Kernbereiche Wiesbaden Innenstadt-West"
  
6. **15-V-20-0033** **DL 36/15-3**  
  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
  
7. **15-V-20-0035** **DL 38/15-1**  
  
Investitionscontrolling 2. Quartal 2015
  
8. **15-V-20-0041** **DL 37/15-5**  
  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. **15-V-51-0001** **DL 10/15-4, 08/15-5, ANLAGE**  
U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der Ev. Kindertagesstätte Paul-Gerhardt-Gemeinde, Sanierung und Erweiterung  
*- Bericht des Dezernates VII vom 2.7.2015 -*
10. **15-V-51-0021** **ANLAGE**  
Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2015; Bericht zu den Anträgen 2. Quartal 2015 Troncmittel Soziales 2015
11. **15-V-51-0037** **DL 36/15-6**  
Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss
12. **15-V-51-0042** **DL 39/15-5**  
"Praxis und Schule (PuSch)" Sozialpädagogische Begleitung durch die Schulsozialarbeit
13. **15-V-80-8012** **DL 38/15-7**  
Beschäftigungsprojekt Spielplatzbetreuung 2013 und 2014 - Bericht über Verlauf und Integration in den ersten Arbeitsmarkt
14. **15-V-80-8014** **DL 38/15-8**  
Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule
15. **15-V-80-8011** **DL 38/15-4 NÖ**  
Projekt "Haushaltsnahe Dienstleistungen - Alltagsengel" - Verlängerung 2016 bis 2018

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Manjura  
Stellvertretender Vorsitzender